



fonction publique

numéro 17, février 2016

paraît 4 fois par an

5^{ème} année

compact

Werte Leserinnen und Leser,

Die Verhandlungen rund um die für 2017 angekündigte Steuerreform wertet die CGFP als eine der größten Herausforderungen der kommenden Wochen und Monate. Sowohl beim traditionellen Neujahrsempfang (siehe Seite 3) als auch bei einer eigens zu dieser Thematik einberufenen Pressekonferenz (Seite 5) sprach sich die CGFP unmissverständlich für eine Entlastung der privaten Haushalte und eine Stärkung von deren Kaufkraft aus, waren es doch in erster Linie die natürlichen Personen, die durch Maßnahmen wie die Erhöhung der Mehrwertsteuer oder die Einführung der 0,5-Prozent-Abgabe maßgeblich zur Sanierung der Staatsfinanzen beigetragen haben.

Dass die Staatsfinanzen in der Tat „Spielräume für sozialen Fortschritt liefern“, geht aus unserem Beitrag auf Seite 9 deutlich hervor. Und auch wenn die Patronatsverbände jahrelang meinten, die guten Zeiten seien nun endgültig vorbei und nach der Krise erreiche Luxemburg nie wieder das Doppelte des durchschnittlichen europäischen Wachstums, ruft die zügige Wirtschaftserholung nach einem raschen Ende der Austerität, wie unsere Analyse auf Seite 7 in dieser Ausgabe unmissverständlich belegt.

Diese Entwicklungen werden sicherlich auch Gegenstand der anstehenden Verhandlungen zu einem neuen Besoldungsabkommen für den öffentlichen Dienst sein. Genau wie in der Vergangenheit wird die CGFP auch diesmal einen vernünftigen, dem heutigen wirtschaftlichen Umfeld angepassten Forderungskatalog vorlegen, der dann als Verhandlungsbasis dienen soll. In den kommenden Ausgaben von „fonction publique“ und „fonction publique compact“ werden wir sicherlich Gelegenheit haben, im Einzelnen auf die Verhandlungen, in deren Verlauf sich die CGFP voll und ganz für die Interessen der öffentlichen Bediensteten einsetzen wird, zurückzukommen.

Doch zunächst möchten wir Ihnen viel Vergnügen beim Lesen der nun vorliegenden Ausgabe von „fonction publique compact“ wünschen.

Steve Heiliger,
Chefredakteur

steve.heiliger@cgfp.lu

Praktische Anwendung der Reform des Dienstrechts

CGFP-Exekutive zum Gespräch bei Beamtenminister Dan Kersch



Die praktische Umsetzung der Reform des Dienstrechts war am Mittwoch, dem 20. Januar 2016, das zentrale Thema einer ausgedehnten Unterredung der CGFP-Exekutive mit dem für den öffentlichen Dienst zuständigen Minister Dan Kersch.

Sinn und Zweck der Zusammenkunft bestanden in erster Linie darin, diejenigen Punkte aus dem Reformvorhaben aufzulisten, die zum 1. Oktober 2015 nicht so ohne weiteres umgesetzt werden konnten. Hingewiesen wurde aber auch auf eine Reihe Härtefälle, die durch die Umsetzung entstanden seien und die es nun zu beseitigen gelte.

Der Unterredung mit Beamtenminister Dan Kersch war ein eigens zu diesem Zweck einberufener CGFP-Nationalvorstand vorausgegangen, in dessen Rahmen die Delegierten der CGFP-Fachverbände die CGFP-Exekutive über festgestellte Mängel oder Versäumnisse bei der Umsetzung informierten. Die CGFP hatte daraufhin

einen entsprechenden Katalog zusammengestellt, um ihn zu gegebenem Zeitpunkt an die politische Führung zu übergeben. Neben allgemein gültigen Kritikpunkten und Anregungen zu einer bestmöglichen Anwendung der Texte wird aus dem auf CGFP-Seite zusammengestellten Dokument noch einmal die Forderung laut, gerade die für die Bediensteten vorteilhaften Bestimmungen unverzüglich in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes umzusetzen. Es könne jedenfalls nicht sein, so eine deutliche Botschaft an die Adresse der Politik, dass in bestimmten Behörden oder öffentlichen Einrichtungen versucht werde, gewisse punktuelle Verbesserungen, die in jahrelangen Verhandlungen mit der Vorgängerregierung erzielt worden seien, zu verhindern. Eine solche Herangehensweise stünde in krassm Widerspruch zur eigentlichen Zielsetzung der Reform und könne allein schon aus diesem Grund so nicht hingenommen werden, hieß es zur Begründung. **s.h.**

PERIODIQUE



LUXEMBOURG

Envois non distribuables à retourner à:
L-3290 BETTEMBOURG

Port payé
PS/700



L'évasion est proche

LUX VOYAGES CGFP, une agence de voyage complète à votre service:

Pour vos déplacements de service ou privés à l'étranger

Voyages organisés

Billets d'avion, de train et de bateau

Réservations d'hôtels et d'appartements dans le monde entier

Tarif spécial pour membres CGFP

**OUVERT
LE SAMEDI MATIN**



LUX VOYAGES

25A, boulevard Royal (Forum Royal) • L-2449 Luxembourg
Tél. 47 00 47 • Fax 24 15 24 • e-mail: luxvoyages@cgfp.lu
Ouvert du lundi au vendredi de 8 à 18 h et le samedi de 9 à 13 h

Rückblick und Ausblick

Die CGFP lud zu ihrem traditionellen Neujahrsempfang

Am 25. Januar fand der mittlerweile schon zur Tradition gewordene Neujahrsempfang der CGFP im Parc Hotel Alvisse in Dommelingen statt. CGFP-Nationalpräsident Emile Haag und CGFP-Generalsekretär Romain Wolff nutzten diese Gelegenheit sowohl zu einem Rückblick auf das vergangene Jahr, als auch als Anlass, einen Ausblick auf die bevorstehenden Monate zu geben.

So sei 2015 ein sehr turbulentes und keineswegs leichtes Jahr für die CGFP gewesen, hieß es seitens des CGFP-Nationalpräsidenten. Nach langen Verhandlungsjahren bekam die Reform im öffentlichen Dienst endlich grünes Licht. Stellenweise hapere es jedoch noch bei der Umsetzung. Im Dialog mit dem Beamtenminister versuche die CGFP nun, diese Schwierigkeiten zu identifizieren und zu lösen. In verschiedenen Verwaltungen und öffentlichen Einrichtungen scheinen sich bekanntlich die Führungsebenen vehement gegen die Ausführung einiger, für die öffentlich Bediensteten positiven, Punkte zu wehren.

Anlässlich der Berufskammerwahlen sei unterdessen die nationale Repräsentativität der CGFP im öffentlichen Dienst wieder einmal bestätigt worden. Zusammen mit ihrem Kooperationspartner FGFC stelle sie 25 der 27 verfügbaren Sitze für die nächsten fünf Jahre und zeige sich somit auf ein Neues als starker und nicht zu unterschätzender Interessenvertreter der öffentlich Bediensteten.

Als größte Herausforderung in den bevorstehenden Monaten seien wohl die Verhandlungen rund um die Steuerreform zu nennen, die für 2017 geplant ist, meinte CGFP-Generalsekretär Romain Wolff in seiner Ansprache. Die Steuerlast auf den natürlichen Personen sei im vergangenen Jahr gestiegen, bedingt durch die Mehrwertsteuererhöhung und die 0,5%-Abgabe, es liege in den Händen der Regierung, diese Last zu vermindern und die Kaufkraft der Haushalte wieder zu stärken. Besonders die Mittelschicht, also all diejenigen, die nicht von Staatshilfen profitieren könnten und



2015 sei ein sehr turbulentes und keineswegs leichtes Jahr für die CGFP gewesen, so CGFP-Nationalpräsident Emile Haag

für die es immer problematischer würde, sich ein Eigenheim anzuschaffen, wenn sie nicht auf die finanzielle Hilfe ihrer Familie zurückgreifen könnten, leide am meisten unter den Steuererhöhungen und müsste folglich entlastet werden.

Tatsächlich müssten im Rahmen der Reform alle Steuersätze der Realität angepasst werden und sozial gerecht bleiben.

Das Patronat seinerseits prangere immer wieder die angeblich hohen Kosten des öffentlichen Dienstes an und fordere diesbezüglich Einschnitte. Tatsache sei aber,



Als größte Herausforderung nannte CGFP-Generalsekretär Romain Wolff die Verhandlungen rund um die Steuerreform

dass viele dieser Kosten auf die Schaffung neuer Arbeitsplätze zurückzuführen seien, das insbesondere im Bildungswesen und bei der Polizei. Es handele sich hierbei also um Ausgaben, die angesichts der aktuellen Flüchtlingsproblematik beispielsweise absolut notwendig seien, meinte Romain Wolff abschließend.

Zu guter Letzt sei noch zu erwähnen, dass in den kommenden Monaten die Verhandlungen rund um das neue Gehälterabkommen in die erste Runde gehen sollen.

p.r.



Zahlreiche Gäste erschienen zum traditionellen Neujahrsempfang der CGFP



Ihre Berufsvertretung



Réforme fiscale: Larges convergences de vues

Les bureaux exécutifs de la CGFP et de l'OGBL se sont rencontrés le 21 janvier 2016 pour discuter d'un certain nombre de dossiers socio-économico-politiques qui les préoccupent actuellement. A cette occasion, les deux confédérations syndicales ont dressé des analyses communes et observé des positions largement convergentes.

L'OGBL et la CGFP constatent tout d'abord que la situation économique et financière actuelle du Luxembourg ne justifie absolument plus les mesures d'austérité qui sont venues fortement impacter le pouvoir d'achat des ménages au cours de ces dernières années. Les deux confédérations syndicales estiment par conséquent que le moment est venu pour le gouvernement de prendre acte de cette situation et d'entreprendre un changement de cap politique.

La CGFP et l'OGBL observent ensuite qu'un certain nombre de points retenus dans l'accord du 28 novembre 2014 entre les syndicats représentatifs au niveau national et le gouvernement restent à être transposés par l'exécutif. Cet accord prévoit notamment que les partenaires sociaux soient impliqués dans la préparation de la réforme fiscale dès les premières étapes de la préparation de la ré-



forme et que des groupes de travail soient mis en place dans ce sens après une analyse de la situation fiscale par le Conseil économique et social. Ce dernier ayant conclu ses travaux fin novembre 2015, l'OGBL et la CGFP invitent par conséquent le gouvernement à réunir les partenaires sociaux prochainement, afin de constituer ces groupes et d'organiser les travaux.

La CGFP et l'OGBL s'entendent par ailleurs sur l'orientation générale que doit prendre cette réforme fiscale. Les deux confédérations syndicales revendiquent ainsi toutes les deux que la réforme rétablisse de l'équité fiscale dans le pays et s'opposent catégoriquement à ce que les recettes provenant de l'imposition des entreprises soient amoindries. Dans ce contexte, l'OGBL et la CGFP estiment que l'impôt d'équilibrage budgétaire temporaire

de 0,5% sur le revenu imposable, qui a été introduit en 2015, est désormais largement superflu au vu de la conjoncture actuelle. Plus rien ne justifiant le maintien de cet impôt, les deux confédérations syndicales estiment qu'il devrait être aboli sans plus tarder.

D'autres points abordés relatifs à l'accord du 28 novembre 2014 ont notamment été la transposition de l'accord salarial de la fonction publique dans les secteurs conven-

tionnés (SAS et FHL) et le mécanisme d'adaptation périodique des prestations familiales (en nature et en espèces) à l'évolution du salaire médian. Concernant le projet de loi déposé à la Chambre des députés portant sur les allocations familiales, les deux confédérations réclament une augmentation du montant unique projeté, afin d'éviter des pertes trop sévères pour les familles avec deux ou davantage d'enfants par rapport au système actuel.

Enfin, la CGFP et l'OGBL s'opposent à toute dégradation des prestations dans le cadre de la réforme de l'assurance dépendance.

Suite à cette entrevue constructive, l'OGBL et la CGFP ont décidé d'approfondir leurs réflexions communes dans les semaines à venir.

Das 700-Millionen-Loch war nur ein Horror-Märchen

Erinnern Sie sich noch an die Ankündigung eines 700-Millionen-Absturzes der Mehrwertsteuer-Einnahmen auf dem elektronischen Handel, der 2015 stattfinden sollte? Aber natürlich! Es war ja diese angebliche Katastrophe, die als Argument herhalten musste für die massive Erhöhung der TVA-Steuersätze, mit der die neue Regierung ihren Einstand feierte!

„fonction publique“ erklärte damals, hier werde höchst unseriös mit Zahlen jongliert, die Prophezeiung sei eine windige Farce, und das tatsächliche Minus falle mit Sicherheit um Hunderte Millionen niedriger aus. Und daher sei zum Erhalt des Budget-Gleichgewichts die antisoziale und konjunkturschädliche TVA-Anpassung auch nicht notwendig. Originalzitat: „... les informations disponibles mènent à penser que l'évolution réelle s'écartera considérablement des pronostics officiels. (...) Ceci signifie que le grand manque à gagner de 700 millions d'euros actuellement prédit pour 2015 n'aura pas lieu tel quel dans la réalité, parce que le recul sera bien moins dramatique qu'on ne l'affirme...“ Und? Wie ist die Sache gelaufen? Nun, wie wir jetzt wissen, betrug 2015 die Einnahmen aus der Mehrwertsteuer des elek-

tronischen Handels 559 Millionen Euro. Die amtliche Prognose der 700-Millionen-Propheten aber lag bei nur 338 Millionen Euro. Es kamen somit 221 Millionen Euro oder über 65% mehr herein als angekündigt.

Fest steht also nun, dass die umstrittene Erhöhung der Mehrwertsteuer mit einer Theorie begründet wurde, die sich im Nachhinein als falsch erwies. Wir hatten Recht, als wir 2014 die fadenscheinige Zahlenakrobatik im Einzelnen widerlegten. Wird somit die letztjährige TVA-Erhöpfung jetzt rückgängig gemacht?

Gewiss nicht! Präsident Bushs Irakkrieg beruhte auch auf der Lüge von Saddam Husseins angeblichen Atomwaffen. Bush hat seinen Schwindel nie eingestanden. Genauso haben die Luxemburger Politiker sich schwerwiegend geirrt und in einer wichtigen Frage eine falsche Entscheidung getroffen, und diese Feststellung beschränkt sich nicht nur auf die Regierung. Aber für dieses Fehlverhalten werden sie sich mit Sicherheit nicht entschuldigen. Wie aber können sie da nur hoffen, dass das Volk ihnen weiter vertraut, oder wieder vertraut?

CGFP-Newsletter
Immer topaktuell unter www.cgfp.lu



Kaufkraft der Haushalte stärken

Die CGFP zur geplanten Steuerreform

Die Haushalte müssten merklich entlastet werden und der sogenannte „Mittelstandsbuckel“ sollte kurzerhand aus der Steuertabelle entfernt werden, forderte am Montag, dem 1. Februar 2016, vor einer Pressekonferenz die CGFP. Erreichen könne man das beispielsweise durch die Einführung von zusätzlichen Steuerstufen, um auf diese Weise die Steuerprogression abzufedern und die Kaufkraft der privaten Haushalte erneut zu stärken.

Dass auch jetzt, Anfang Februar 2016, immer noch keine Einzelheiten über die von der Regierung geplante grundlegende Steuerreform bekannt seien, wird auf CGFP-Seite insgesamt bedauert, die allmählich daran zweifelt, ob der 1. Januar 2017 überhaupt noch realistisch sei für deren Umsetzung. Die CGFP erinnert diesbezüglich an ein Bipartite-Abkommen mit der Regierung vom 28. November 2014, das ausdrücklich vorsehe, dass die Sozialpartner von Anfang an in die vorbereitenden Arbeiten eingebunden würden.

Die CGFP jedenfalls verlange, dass die privaten Haushalte, die mit der TVA-Erhöpfung und der Einführung der 0,5-Prozent-Abgabe bereits im Vorfeld der Steuerreform ordentlich zur Kasse gebeten worden seien, im Zuge der Neuregelung wesentlich entlastet würden. Gerade die 0,5-Prozent-Steuer habe sich als einseitig (weil lediglich zu Lasten der natürlichen Personen) und unsozial zugleich (weil nicht progressiv) erwiesen und hätte allein schon aus diesen Ursachen längst wieder abgeschafft werden müssen.

Des Weiteren spricht sich die CGFP unmissverständlich für eine Anpassung der Steuertabelle an die Inflation aus. Nach CGFP-Angaben sei die letzte Angleichung im Jahre 2009 erfolgt. Zudem habe die vorige Regierung die gesetzliche Grundlage, die eine solche Anpassung vorsehe, kurzerhand aus der Gesetzgebung entfernt.

Hinsichtlich der Besteuerung der Körperschaften sei man sich auf CGFP-Seite bewusst, dass ganz offensichtlich der nominale Steuersatz, der zurzeit bei 21 Prozent liege, gesenkt werden solle bei einer gleichzeitigen Erweiterung der Besteuerungsgrundlage. Glaube man den Steuerexperten, so sei aber gerade das nicht so ohne Weiteres möglich. Eine Möglichkeit bestehe laut CGFP darin, den Übertrag von Verlusten erneut auf maximal fünf Jahre zu begrenzen. Auch stelle sich die Frage nach den wirklichen Zinssätzen der Körperschaften, die nach Angaben von renommierten Beraterfirmen ja äußerst niedrig liegen dürften.

So wie sie es zusammen mit den anderen national repräsentativen Berufsorganisationen bereits in einer gemeinsamen Stellungnahme zum Europäischen Semester zum Ausdruck gebracht habe, spreche



Die CGFP erwarte eine sozial gerechte Steuerreform, die die privaten Haushalte entlaste und deren Kaufkraft erneut stärke, hieß es vor einer Pressekonferenz

sich die CGFP einmal mehr gegen eine Verminderung des Steueraufkommens bei den Unternehmen aus. Und selbst wenn durch europäische Regelungen verschiedene Nischen (z.B. BEPS) verschwinden würden, sei das sicherlich kein Grund, die Betriebe hierzulande niedriger zu besteuern – und das erst recht nicht zu einem Zeitpunkt, zu dem die Körperschaften ohnehin für weniger als ein Drittel der direkten Steuern aufkämen.

Auch erneuerte die CGFP ihre Forderung nach der Abschaffung der Steuerklasse 1A, in die nicht nur, aber vornehmlich alleinerziehende Elternteile eingestuft würden. Und dabei habe der Statec bereits im Jahre 2014 Zahlen bekannt gegeben, nach denen gerade Alleinerziehende sehr schnell in finanzielle Engpässe gerieten. Es könne einfach nicht sein, dass die persönliche Lebenssituation eines Einzelnen missbraucht würde, um zusätzliche Steuern einzuziehen, hieß es zur Begründung.

Stichwort Wohnungsmarkt: Hier fordert die CGFP eine längst überfällige Anpassung der Steuerfreibeträge und der steuerlich absetzbaren Beträge an die heutigen Gegebenheiten. Dies gelte insbesondere für die Beiträge bei Bausparverträgen, aber auch für die Einmalprämie bei Lebens- oder Restschuldversicherungen. Ebenso gelte es, den Höchstbetrag von 50.000 Euro, der bei der Anwendung des superreduzierten Mehrwertsteuersatzes von 3 Prozent spiele, mindestens zu verdoppeln – und das in einer Zeit, in der es sogar mit zwei Einkommen fast ein Ding der Unmöglichkeit sei, den Traum vom Eigenheim zu verwirklichen.

Ferner sei es aber auch an der Zeit, die Steuergesetzgebung selbst, die zu Beginn des Zweiten Weltkrieges eingeführt worden sei, grundlegend zu überarbeiten. So sei es beispielsweise schlicht unerklärlich, dass die Steuerverwaltung – im Gegensatz zur Einregistrierungsverwaltung – keine Strafen verhängen dürfe. Als ebenso unbegreiflich wertet die CGFP den Umstand,

dass bestimmte Fonds wie beispielsweise die „Fonds d'investissements spécialisés“, in die die sogenannten „breiten Schultern“ bereits heute Hunderte von Milliarden hinterlegt hätten, noch immer von den üblichen Steuerarten ausgenommen seien. Auch für diese Steuerausfälle dürfe letztlich die Mittelschicht aufkommen, eine Entwicklung, die mit Steuergerechtigkeit aber auch rein gar nichts gemein habe.

Ganz im Sinne von mehr Steuergerechtigkeit sei es unabdingbar, gewisse Bestimmungen grundlegend zu überarbeiten, so beispielsweise die Regelung, nach der hohe Wirtschaftsvertreter Überstunden ausbezahlt bekämen, die auf der persönlichen Steuererklärung dann allerdings von jedweden Abgaben befreit seien.

Insgesamt erwarte die CGFP eine sozial gerechte Steuerreform, die die privaten Haushalte entlaste und deren Kaufkraft erneut stärke. **s.h.**

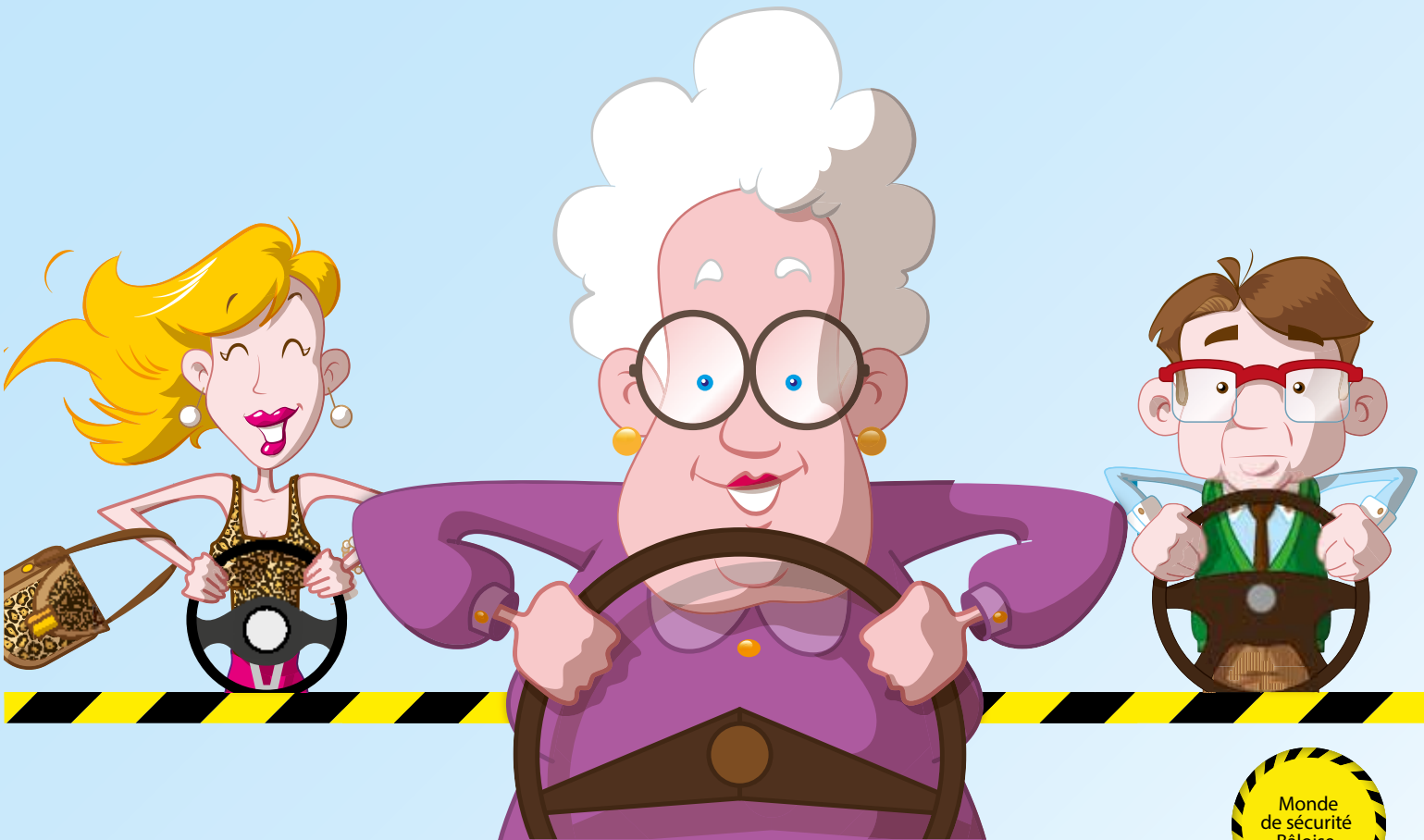
Webinfo

Schnell und
übersichtlich
informiert:
www.cgfp.lu

CGFP

Drive with Bâloise

L'ASSURANCE AUTO PERSONNALISABLE



Entdeckt elo eise neien Tarificateur op

www.cgfp-assurances.lu

a profitéiert vun de spezielle Konditionnen fir CGFP Memberen.



Mir maachen lech méi sécher.
Votre sécurité nous tient à cœur.
www.cgfp-assurances.lu


CGFP
Assurances

16, rue Érasme
L-1468 Luxembourg
tél.: +352 27 04 28 01
info@cgfp-assurances.lu

Zügige Wirtschaftserholung ruft nach Ende der Austerität

Die letzten Neuigkeiten von der Krisen- und Austeritäts-Front besagen, dass das Wirtschaftswachstum hierzulande im 3. Trimester 2015 eine Geschwindigkeit von 5,4% auf Jahresbasis erreicht hat. Im internationalen und europäischen Vergleich ist dies ein rasantes Tempo und stellt sogar noch eine Beschleunigung gegenüber den Kalenderjahren 2013 und 2014 dar, die dem Bruttoinlandsprodukt bereits einen Aufschwung von +4,3% und +4,1% beschert hatten.

Zum Vergleich mit der Luxemburger Expansion von +5,4%, hier die Zahlen unserer Nachbarn für das gleiche 3. Trimester 2015: Deutschland: +1,8%, Belgien: +1,3% und Frankreich: +1,0%. In der gesamten Euro-Zone betrug der Aufschwung durchschnittlich +1,6%. Unser Wachstum stellt also das 3,4-Fache der generellen Entwicklung in Europa dar.

Dabei hatten uns die Chef-Ökonomen der Patronatsverbände jahrelang versichert, die guten Zeiten seien nun endgültig vorbei, und nach der Krise erreiche Luxemburg nie wieder das Doppelte des durchschnittlichen europäischen Wachstums, und es erreiche nie wieder ein Wachstum von über 3 bis 4%. Als Gewerkschafter wussten wir sehr wohl, dass dies nur Propaganda zur Rechtfertigung der Austeritätspolitik war. Die Parlamentarier und Minister der unterschiedlichsten Blutgruppen und die Verfasser der veröffentlichten Meinung folgten aber den Irrlehrern mit ihren Theorien über die verlorene Wettbewerbsfähigkeit, die ruinierte Produktivität und die verlotterten Staatsfinanzen.

Der so vermittelte Eindruck war und bleibt irreführend: 2015 wurden 11.900 zusätzliche Jobs geschaffen, gegenüber bereits +10.000 im Vorjahr. Dies stellt ein Nettowachstum um +3,0% dar. Seit Anfang 2015 ist die Zahl der Arbeitsuchenden ihrer-

seits rückläufig, trotz der wachstumshemmenden Sparpolitik des Staates, welche die Kaufkraft und die Nachfrage schwächt.

Das Gürtel-enger-Schnallen wurde uns von den Politikern verordnet, die in dieser Frage ziemlich einstimmig waren, weil sie, zusammen mit der regierungsbezugss-

Wenn in der internationalen Finanzwelt alle Rating-Agenturen des Lobes voll sind in ihren AAA-Zensuren für Luxemburg, gibt es nur ein kleines Haar in der Suppe. Das sind die vom Patronat weit ausposaunten Langzeit-Projektionen des Rentensystems, welches irgendwann seine sich anhäufenden

Reserven aufbrauchen wird. Dabei steht diese Berechnung bekanntlich unter der (gänzlich absurden) Hypothese, dass man über Jahrzehnte hinweg keinerlei gesetzliche Anpassung beschließen wird.

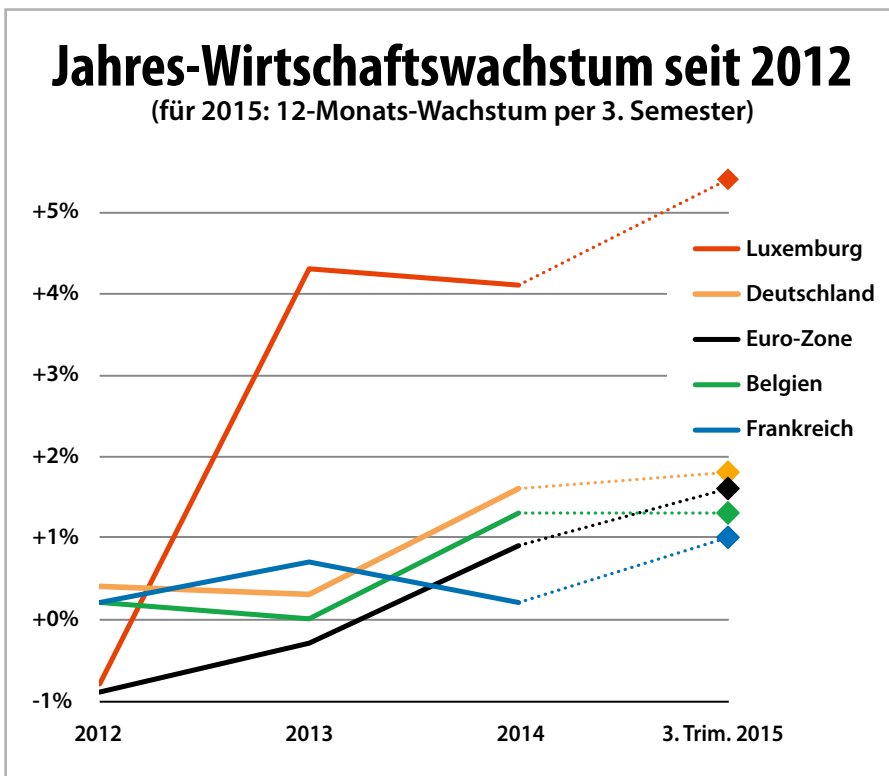
Dennoch sollte man sich einen Augenblick damit befassen. 2014 zahlte unser „Régime général de l'assurance-pension“ bei Jahreseinnahmen von 5,7 Milliarden Euro lediglich 3,9 Milliarden an Renten aus, so dass die Reserven sich um 1,8 Milliarden erhöhen konnten. Mit über 17 Milliarden Euro stellen diese Rücklagen inzwischen immerhin bereits das Vierfache der Jahresaufwendungen dar. Das heißt, sie

sind deutlich höher als unsere Staatsschuld und erreichen fast 30% des Bruttoinlandsproduktes.

Errechnet wurde, dass, bei unveränderten Beitragssätzen und Leistungen und mit unveränderten Regeln bezüglich des Rentenantritts-Alters, die Pensionsreserven noch 15 weitere Jahre anwachsen werden, auf ein Niveau von 40% des BIP. Danach erwartet die Prognose, dass sie langsam aufgezehrt werden, um im Jahre 2053 aufgebraucht zu sein. Mit anderen Worten: Die ominöse „Rentenmauer“ (die – wie gesagt – absolut unveränderte Pensionsregeln voraussetzt, eine geradezu wahnwitzige Idee) ist unlängst um ganze 22 Jahre rückwärts gerückt. Und trotzdem wird von den politischen Meinungsmachern weiter Trübsal geblasen.

Einzig und allein, um auch weiterhin den sozialen Fortschritt zu verhindern.


PZ



ten Politpresse, leichtgläubig und unkritisch die Thesen der Patronatsvertreter und ihrer Spin-Doktoren übernahmen.

Der Schwindel ist inzwischen entlarvt, nur kann man kaum etwas davon hören oder lesen. Gibt es irgendein Eingeständnis, geschweige denn eine Entschuldigung jener Herrschaften, die uns sozialpolitisch und steuerlich auf Diät gesetzt haben? Jener, die auch Ende letzten Jahres noch die Abschaffung der Krisensteuer abgelehnt haben und auch weiterhin budgetäre Disziplin anmahnen?

Vor allem wird der falsche Kurs beibehalten. Im Interesse der Zukunft des Landes müsste deutlich mehr investiert werden, stattdessen wird hartnäckig weiter gespart. Das schnelle Wachstum oberhalb von 4%, das wir seit 3 Jahren kennen, findet statt trotz der massiven staatlichen Bremsmanöver durch unangebrachte Sparmaßnahmen und Steuererhöhungen.



Unsere neuesten Audio news finden Sie...

Oeuvre CGFP de Secours Mutuels (caisse décès)



Les prestations légales en cas de décès s'avèrent souvent insuffisantes pour couvrir les frais funéraires. Il vaut donc mieux souscrire une assurance qui garantit une indemnité de décès à la famille du défunt qui lui permet de faire face à des dépenses imprévues et parfois considérables.

Basé sur le principe de la mutualité, l'Oeuvre CGFP de Secours Mutuels est ouverte à tous les membres de la CGFP, ainsi qu'à leurs conjoints. Les adhérents ont la possibilité de fixer eux-mêmes, par tranches, le montant de leur cotisation et partant, l'indemnité versée en cas de décès à leurs survivants.

Comme, en plus, l'admission à la Caisse Médico-Chirurgicale Mutualiste est réservée aux membres d'une caisse de décès et de prévoyance, il est de l'intérêt de tous les fonctionnaires et employés publics d'adhérer à l'Oeuvre CGFP de Secours Mutuels afin de pouvoir bénéficier des prestations de la CMCM.

Informations: Tél.: 47 36 51

Cours de formation et d'appui scolaires



Cours d'appui, de rattrapage, de révision et de méthodologie pour les élèves de l'enseignement secondaire et secondaire technique luxembourgeois
Inscription et informations (**Attention: nouvelles heures d'ouverture!**)
mardi: de 9h30 à 11h30 et de 14h30 à 16h30,
mercredi: de 14h30 à 16h30 et jeudi et vendredi: de 9h30 à 11h30
Tél.: 26 77 77 77 – afas@cgfp.lu – http://www.cgfp.lu/cgfp_services

AFAS 
Association de Formation
et d'Appui scolaires a.s.b.l.



Organe de la Confédération Générale
de la Fonction Publique **CGFP**

Éditeur: **CGFP**
488, route de Longwy, L-1940 Luxembourg
Tél.: 26 48 27 27 – Fax: 26 48 29 29
E-mail: cgfp@cgfp.lu
Rédaction: Tél.: 26 48 27 27-30
Impression: Saint-Paul Luxembourg s.a.

La reproduction d'articles, même par extraits,
n'est autorisée qu'en cas d'indication de la
source.
Les articles signés ne reflètent pas nécessairement
l'avis de la CGFP.

Brillante Staatsfinanzen liefern Spielräume für sozialen Fortschritt

Im vergangenen Herbst wurden über die Lage unserer Staatsfinanzen wieder Hunderte von Artikeln geschrieben und viele Tausend Seiten an Gutachten veröffentlicht. Doch trotz vieler kluger Bemerkungen wurde der Öffentlichkeit das wesentliche Merkmal der Budgetlage nicht vermittelt, nämlich die Tatsache, dass die jüngsten Jahreskonten des Staates und die letzten volkswirtschaftlichen Zahlen in offenem Widerspruch zu dem stehen, was die amtlichen Prognosen der letzten Jahre uns angekündigt haben.

Und weil über Jahre hinweg eine falsche Diagnose gestellt wurde, war auch die haushaltspolitische Therapie nicht die richtige. Dabei lagen die jeweilige parlamentarische Opposition und die Presse genauso falsch wie die frühere und die heutige Regierung. Und deshalb thematisiert heute auch niemand von ihnen allen die kollektive Irrfahrt.

Die Entscheidungsträger wie die meisten Kommentatoren schafften es nicht, über den Tellerrand der nationalen Grenzen hinwegzusehen. Ansonsten hätten sie im europaweiten Vergleich gesehen, dass die nun schon fast 10 Jahre währende Defizit-Hysterie nie gerechtfertigt war. Gewiss haben Konjunktur und Krise auch bei uns die Lage von Budgetbalance und Staatsverschuldung verändert, aber nicht so ernsthaft oder katastrophal wie in anderen Ländern. Das immer wieder angekündigte Abgleiten Luxemburgs in die Maastricht-Defizitzone fand nie statt. Und in den letzten 6 Jahren haben die Staatseinnahmen in Luxemburg um über 40% zugelegt, in 10 Jahren sogar um fast 90%.

Die Patronatslobbyisten haben jedoch Gurus und Think Tanks vorgeschoben, und diese haben es jahrelang geschafft, die Politik wie die Presse und einen Teil der Öffentlichkeit zu überzeugen von einer schnellen und dauerhaften Verschlechterung der Budget-Parameter. Die Realität aber war eine

andere, wie heute feststeht. Der irreführende Zweckpessimismus wirkt jedoch weiter, und die Politik tut sich schwer mit der erforderlichen Kurskorrektur.

Wie von „*fonction publique*“ vorhergesagt – in offenem Widerspruch zu allen amtlichen Theorien – ist unsere Verschuldung rückläufig.

Überschuss erzielt; einmal erreichte dieser sogar 4% des BIP.

Im genannten Zeitraum erzielte Luxemburg gemäß Maastricht-Berechnung einen durchschnittlichen Überschuss von 1,73% des PIB. Insgesamt erreichte der Positivsaldo +7.991 Millionen Euro, was im Schnitt

einen jährlichen Nettoüberschuss von +499,5 Millionen Euro darstellt. 2013 gab es einen gesamtstaatlichen Bonus von +319 Millionen Euro und +0,7% des BIP und 2014 einen solchen von +202 Millionen Euro und +1,4%. Und trotz des angekündigten 700-Millionen-TVA-Einbruchs beim elektronischen Handel (der natürlich sehr viel geringer ausfiel) brachte auch 2015 wieder einen deutlichen Bonus.

Fazit: Was die angeblich schnell wachsende Belastung des angeblich teuren Staatsapparat

samt der angeblich ruinösen Soziallasten angeht, so muss hier festgehalten werden, dass die Gesamtkosten der luxemburger öffentlichen Hand, also alle Steuerabgaben und Sozialbeiträge zusammengenommen, im Jahre 2014 lediglich 39,4% des BIP ausmachten, gegenüber 39,2% im Jahre 2009.

Ja, die Strukturverschiebungen der Krisenbewältigung haben einen Netto-Anstieg bewirkt, aber er ist in Luxemburg mit +0,2 Prozentpunkten lächerlich gering. In der Gesamt-EU und in Deutschland betrug der Auftrieb an Steuer- und Sozialabgaben jeweils +1,0 Punkte, in der Euro-Zone +2,1 Punkte, in Belgien +2,3%, in Frankreich +3,4%, in Italien +4,5% und in Griechenland +5,5 Prozentpunkte.

Mit dem Ergebnis, dass der Staat und die Sozialkassen in Belgien und Frankreich jetzt 47,9% des BIP kosten, gegenüber nur 39,4% in Luxemburg. Im Großherzogtum ist die Staatslast jetzt, im Gegensatz zu früher, sogar niedriger als in der Bundesrepublik, trotz des dortigen extremen Sparkurses mit seinen Hartz-4-Grausamkeiten. **PZ**

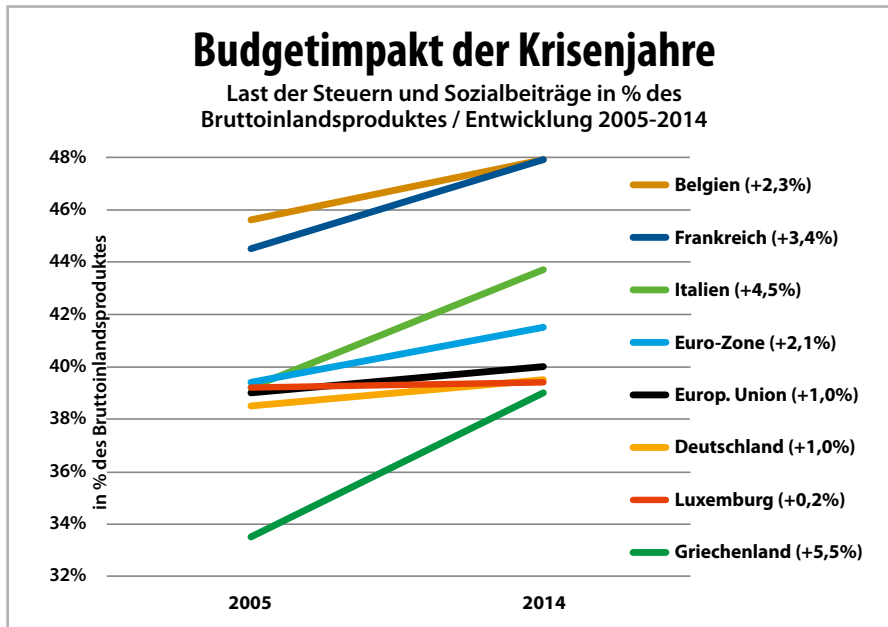


fig. Für das 3. Trimester 2015 weist Eurostat für Luxemburg eine Brutto-Staatsschuld in Höhe von 21,3% des Bruttoinlandsproduktes (BIP) aus, gegenüber 22,9% zwölf Monate früher. Im gesamten Euro-Raum erreicht die nationale Staatsschuld durchschnittlich 91,6% und ist somit deutlich höher als die Maastricht-Obergrenze von 60% des BIP. Deutschland weist 71,9% aus, Frankreich 97,0%, Belgien 108,7%, Italien 134,6% und Griechenland 171,0%. Und Luxemburg, wie gesagt, 21,3%.

Beim Haushaltsdefizit ist der stets vorhergesagte Verstoß gegen die Maastricht-Kriterien in Luxemburg nie eingetreten. In den 16 Jahren seit Einführung des Euro, also von 1999 bis 2014 (die Konten von 2015 stehen ja noch nicht fest) wurde in Luxemburg für den Gesamtstaat überhaupt nur dreimal ein Jahres-Budgetdefizit ausgewiesen. Und zwar 2004 ein solches von -1,1% des PIB, und in den Krisenjahren 2009 und 2010 Defizite in Höhe von jeweils -0,5% des BIP. Unser Staat blieb also stets meilenweit entfernt vom Maastricht-Maximum von -3,0%. In den 16 Jahren wurde 13-mal ein

...unter www.cgfp.lu/audionews.html





CONSERVATOIRE
DE LA VILLE DE LUXEMBOURG



17

MAR JEU
20H

CONCERT AUDITORIUM DU CONSERVATOIRE

CONCERT AVEC L'ORCHESTRE D'HARMONIE DE LA GARDE RÉPUBLICAINE

Organisateur : **Douane's Musek**
Orchestre d'Harmonie de la Garde Républicaine
Direction : **Colonel François BOULANGER**
Trompette solo : **Ernie HAMMES**

Ottorino RESPIGHI: Les fêtes romaines
Johann Nepomuk HUMMEL: Concerto pour trompette
Modeste MOUSSORGSKY: Tableaux d'une exposition

multiplicity

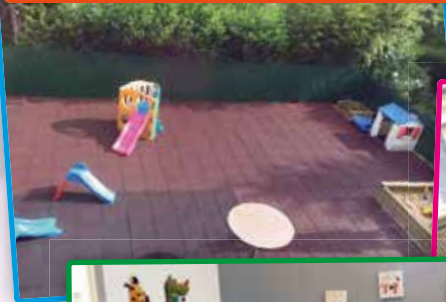
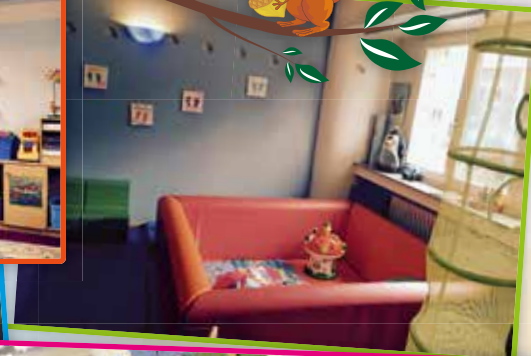
CONSERVATOIRE DE
LA VILLE DE LUXEMBOURG
33, rue Charles Martel
L - 2134 Luxembourg
T +352 4796-5203
conservatoire@vdl.lu

RENSEIGNEMENTS
ET VENTE
tél. : (+352) 47 08 95-1
info@luxembourgticket.lu
www.luxembourgticket.lu

ENTRÉE
35 Euros
TARIF'S JEUNES
28 Euros



Crèche Kaweechelchen



An engem rouege Quartier vun der Stad versuerge mer d'Kanner vun 2 Méint bis 4 Joer a familiärer an häerzlecher Atmosphär.

Mir hunn e schéine grouse Gaart a kachen all Dag selwer!

Mir sinn op vu 7:30 bis 18:30 Auer.

Kaweechelchen



36, rue Jean-Baptiste Esch
L-1473 Luxembourg-Belair
Tél.: 25 03 54 -1 / Fax: 25 28 84
kaweechelchen@cgfp-services.lu

Crèche Am Butzenascht



Am Butzenascht



13, rue du Berger
L-9161 Ingeldorf
Tél.: 24 55 98 98
Fax: 24 55 98 98 98
butzenascht@cgfp-services.lu



Familiär Atmosphär, well maximal 27 Kanner (vun 2 Méint bis 4 Joer)
2 Hektar Terrain/Wiss fir ze spillen.
Méindes bis Freides vu 7:00 bis 18:30 Auer



Wo steuern Sie hin?

Bausparen – Steuern sparen

Ihr BHW-Berater gibt Ihnen dazu die besten Tipps und informiert Sie über die staatlichen Steuerfreibeträge – damit Sie alles bekommen, was Ihnen zusteht. Sprechen Sie mit einem BHW Berater drüber. Oder rufen Sie die CGFP Hotline an: 473651

Die CGFP ist der BHW Bausparpartner im Großherzogtum Luxemburg für den öffentlichen Dienst.

 **BHW Bausparkasse Niederlassung Luxemburg**
16, rue Erasme, L-1468 Luxembourg Kirchberg, www.bhw.lu

BHW 